

Die Saarländische Armutskonferenz (SAK)

> Lobby für arme Menschen im Saarland

Präambel

Haltung

- Anerkennung, dass alle Menschen Rechte haben und Betroffene keine „Almosenempfänger“ sind.

Zweck

- Informations-, Bildungs-, Koordinations- und Lobbyarbeit in der Armutspolitik.
- Befassung mit Problemstellungen und Lösungsvorschlägen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Familien, die durch Armut soziale, gesundheitliche, wirtschaftliche oder kulturelle Benachteiligung erfahren.
- Wahrung der Würde von Menschen mit eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten.

Aufgaben der SAK

- Beratung und Bewertung der Entwicklung von Armut und Armutsbekämpfung im Saarland.
- Förderung fachpolitischer Foren und Hearings.
- Formulierung gemeinsamer Stellungnahmen und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen.

Grundsätze

- Ermöglichung sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen.
- Konsequente Partizipation: Mit den Menschen reden, nicht über sie.
- Betroffenen eine Stimme geben: Menschen mit Armutserfahrung erzählen lassen, ihnen Würde und Anerkennung schenken und in Kooperation ihre Rechte stärken.
- Der Wert eines Menschen bemisst sich nicht nach seinem Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum oder zur „Wertschöpfung“.

- Wachrütteln der Öffentlichkeit durch konkrete Schicksale und Hinterfragen der gängigen Werte-Skala.
- Entbürokratisierung
- Einforderung der Menschenrechte

Forderungen der SAK

Europa

- Schaffung europaweiter, menschenwürdiger Sozialstandards.

Lobbyarbeit

- Sicherstellung und kontinuierlicher Ausbau der Lobbyarbeit für arme Menschen im Saarland.

Gesellschaft

- Schaffung einer Politik, die für eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sorgt.
- Steuergerechtigkeit durch eine deutlich stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen.
- Sicherstellung der Teilhabe von allen Menschen am öffentlichen Leben und Schaffung vielfältiger Kontaktmöglichkeiten
- Entbürokratisierung
- Barrierefreiheit für alle schaffen
- Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen

Sozialleistungen

- Schaffung bedarfsgerechter, armutsfester Sozialleistungen, die ein Leben in Würde ermöglichen (für Grundsicherungs-Berechtigte, Arbeitslose, Asylbewerber).

- Forderung einer kostenlosen Sozial- und Mobilitätskarte für alle Anspruchsberechtigten.
- Forderung nach sanktionsfreien Sozialleistungen: Unterstützung und Förderung statt Bevormundung und Bestrafung.
- Schaffung und dauerhafte Installierung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes - „Dritter (Sozialer) Arbeitsmarkt“
- Forderung einer eigenen Arbeitsmarktpolitik des Landes

Grundsicherungen

- Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens
- Einführung einer Kindergrundsicherung, die den tatsächlichen Bedarf von Kindern berücksichtigt.
- Einführung einer Grundrente als Mindestsicherung, die ein Leben ohne ergänzende Sozialhilfe ermöglicht.

Gesundheit und Pflege

- Vollständige Befreiung von Armut betroffener Menschen von Gesundheits- und Pflegekosten.
- Sicherung und Ausweitung der medizinischen, fachmedizinischen und therapeutischen Versorgung in allen Landkreisen im Saarland.

Wohnen und öffentlicher Raum

- Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten durch Jobcenter und Sozialämter sowie Verbot von Zwangsumzügen.
- Verstärkter barrierefreier sozialer Wohnungsbau und barrierearme Instandsetzung bestehender Bestände
- Einführung einer Mietpreisbremse bzw. eines Mietpreisdeckels.
- Verschärfte Auflagen für Immobilien-Übernahmen durch Finanzinvestoren.
- Einführung einer Leerstandssteuer zur Bekämpfung des Wohnungsmangels.
- Ausbau niedrigschwelliger Tagesaufenthalte im Saarland
- Öffentliche Schutzräume für Wohnungslose im Winter landesweit schaffen

Energie und Grundversorgung

- Verzicht auf „Richtwerte“ bei Heizkosten zur Sicherung menschenwürdigen Wohnens.
- Gesetzliches Verbot von Energie- und Wassersperren
- Erlass eines kurzfristigen Moratoriums zur Verhinderung von Energiesperren als einzige und schnelle Methode zur Wahrung der Menschenwürde
- Stärkere gesetzliche Kontrolle der Energieversorger hinsichtlich ihrer sozialen Verantwortung.
- Intensivierte Thematisierung der Energiearmut im Saarland angesichts steigender Kosten.
- Deutliche Kritik an politischen Entscheidungen zu Energiekosten, die Armutsbetroffene unzureichend schützen.

Mobilität

- Automatischer Versand der SozialCard zusammen mit dem Bewilligungsbescheid für Grundsicherungsleistungen bzw. Wohngeld. Die SozialCard ist Voraussetzung für den Erwerb des Sozialtickets.
- Sozialtickets auch am Automaten, für Einzelfahrten und zur Mitnahme weiterer Personen am Wochenende
- Einmal-Kaufoption für das Deutschlandticket
- Ausbau von Unterstützungs- und Begleitdiensten für beeinträchtigte Menschen.
- Flächendeckendes und für die Nutzer*innen bezahlbares Netz an leicht erreichbaren, niederschwelligen Sozial-Beratungsstellen (z.B. Sozialhilfe, Wohnen, Verschuldung; Hilfe und Beratung für alte und behinderte Menschen) in allen Landkreisen und im Regionalverband

Soziale Sicherung und Politik

- Kritische Begleitung und Änderungsvorschläge zur „Neuen Grundsicherung“

Strukturelles und Vernetzung

- Förderung der Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrungen durch das Projekt „SAK nah dran“.
- Intensivierung lokaler Kooperationen, unter anderem mit der Landeshauptstadt Saarbrücken und weiterer regionalen Akteure zur Armutsbekämpfung vor Ort.

Dezentrale Strukturen aufrecht halten

- Erhalt und Erweiterung der Angebote von Geschäften, Kneipen, Bürgertreffs, Arztpraxen und Apotheken, „Dorfläden“ (ohne Gewinnabsicht) auf dem Land.
- Ergänzende mobile Dienstleistungsangebote in kleinen Gemeinden/Dörfern (Dorfläden, Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrgenerationenhäuser)
- Einrichtung von Gesundheitszentren mit verschiedenen Professionen, die eine wohnortnahe Versorgung ermöglichen
- Aufrechterhalten von finanziellen Mitteln bzgl. nicht direkt finanziellen Gewinn ausschüttenden Gebieten wie z.B. Historie und Erhalt örtlicher/ländlicher Kultur

Finanzierung

- Nutzung von Sondervermögen zur Absicherung sozialer Maßnahmen.
- Stärkung der Steuerbehörden, um jährliche Fehleinnahmen von 100 bis 200 Milliarden Euro effektiv einzuziehen.

Teilhabe

- Umsetzung der Behindertenkonvention (BRK) zur Ermöglichung lokaler Teilhabe für jeden Menschen.

Saarbrücken, den 31.01.2026